

**Änderungsantrag zum Beschluss über den Erlass einer
Haushaltssatzung zum Ergebnis- und Finanzplan der
Stadt Schleswig für das Haushaltsjahr 2025:
Anpassung der Entschädigungssatzung der Stadt
Schleswig (Antrag der Grünen-Fraktion vom
22.11.2024)**

<i>Organisationseinheit:</i>	<i>Datum</i>
GRÜNE-Fraktion	22.11.2024

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>
Finanzausschuss (Vorberatung)	26.11.2024
Ratsversammlung (Entscheidung)	16.12.2024

Unterrichtungs- und Beteiligungspflichten

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (§ 47 f GO): Nein

Unterrichtungspflicht des Seniorenbeirates (§ 47 e GO): Nein

Ziel der Vorlage

"Schleswig saniert seinen Haushalt und sichert seine dauerhafte Leistungsfähigkeit"

Beschlussvorschlag

Es wird beschlossen, die Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder der Stadt Schleswig für das politische Ehrenamt ab 1.1.2025 um 25% zu reduzieren. Hiervon ausgenommen sind die Aufwandsentschädigungen für den Seniorenbeirat sowie für die Jugendkonferenz. Die Entschädigungssatzung der Stadt Schleswig ist entsprechend anzupassen.

Begründung

Seit vielen Jahren weisen die Haushaltsentwürfe der Stadt Schleswig ein Defizit auf. Die Jahresabschlüsse waren zwar durch verschiedene Effekte überwiegend positiv, doch zeichnet sich für den Jahresabschluss 2024 sowie für den voraussichtlichen Jahresabschluss 2025 ein Defizit ab.

Die Verschuldung der Stadt steigt zusehends. Die Kommunalaufsicht fordert daher regelmäßig, sowohl die Einnahmen zu steigern als auch die Aufwendungen zu reduzieren.

Bereits bei den Haushaltsberatungen 2023 hat die Fraktion der Grünen die Reduzierung der Aufwandsentschädigungen für den Hauptausschuss vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde knapp abgelehnt. Gleichwohl ist auch die Selbstverwaltung angehalten, ihren Beitrag zu Einsparmöglichkeiten zu leisten. Eine moderate Reduzierung der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder für das politische Ehrenamt um 25% vom derzeitig gewährten Höchstsatz erscheint daher angemessen. Von der Reduzierung sind der Seniorenbeirat sowie die Jugendkonferenz ausgenommen.

Aus dieser Maßnahme ergibt sich ein Einsparpotenzial von bis zu 45.000 € pro Jahr.

Für die Grüne Ratsfraktion
Babette Tewes

Anlagen

Keine